

Der 17. Juni wurde gesetzlicher Feiertag

Beschluß des Bundestages — Symbol der deutschen Einheit

Bonn (DPA). Der 17. Juni wird künftig gesetzlicher Feiertag sein. Der Bundestag beschloß in allen drei Lesungen ein Gesetz, das diesen Tag zum „Tag der deutschen Einheit“ und zum gesetzlichen Feiertag erklärt. Alle Abgeordneten bis auf die Kommunisten stimmten für das Gesetz.

Ein kurzer Vorspruch zu den vier Paragraphen lautet: „Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.“

Als Bundestagspräsident Dr. Ehlers der bekannten und unbekanntem Opfer des 17. Juni gedachte, erhoben sich die Abgeordneten. Nur die Kommunisten blieben sitzen.

Die Regierungsparteien und die SPD hatten beantragt, diesen Tag zur Erinnerung an den Aufstand und die Freiheitsdemon-

strationen im sowjetischen Besatzungsgebiet zu einem Gedenktag zu machen. Die Regierungsparteien schlugen vor, den

Sofort-Programm der Wiedervereinigung

Bonn (DPA/AP). Der deutsche Bundestag nahm eine Entschlie-ßung an, in der erneut die Wiedervereinigung gefordert und von der Bundesregierung alle Maßnahmen verlangt werden, die der Bevölkerung in der Sowjetzone helfen und den Interzonenverkehr normalisieren können. Zuvor hatte der Bundeskanzler in einer Regierungserklärung dem Bundestag ein Sechspunkte-Sofortprogramm bekanntgegeben, das die Wiedervereinigung Deutschlands einleiten soll. Das Sofortprogramm

17. Juni zum nationalen Gedenktag zu bestimmen. Die SPD wünschte, daß der 17. Juni der Nationalfeiertag des deutschen Volkes werde. Beide Vorschläge wurden von den zuständigen Ausschüssen zu einem gemeinsamen Gesetzentwurf zusammengefaßt. (Siehe auch S. 3.)

soll den Westmächten zugeleitet werden.

Es enthält folgende Punkte:

1. Öffnung aller Zonenübergänge.
2. Aufhebung des Sperrstreifens und der evakuierten Zone entlang der Zonengrenze.
3. Freizügigkeit aller Deutschen in ganz Deutschland.
4. Presse- und Versammlungsfreiheit.
5. Zulassung der Parteien.
6. Schaffung demokratischer Rechtsformen zum Schutze des Menschen gegen Willkür und Terror.

Seinem Sofort-Programm fügte der Kanzler den Wunsch an, daß die Sowjetunion ihre Aufrichtigkeit und ihren Willen zu einer Annäherung dadurch beweisen möge, daß sie zunächst alle Gefangenen, dann aber auch die Verschleppten und die politischen Häftlinge freigebe.

Der Kanzler hatte seine Erklärung mit einem Bericht über den Aufstand in Ostberlin und in der Zone eingeleitet. Er gab bekannt:

„Wir haben Grund zu der Annahme, daß nach den Unruhen 62 Todesurteile vollstreckt wurden und bisher rund 25 000 Personen verhaftet worden sind. Diese Toten werden eingehen in die Geschichte des deutschen Volkes.“

Auch Ungarn befürchtet Aufruhr

Regierung umgebildet — KP-Dreierkollegium

Budapest (AP/DPA). Als zweites kommunistisches Land hinter dem Eisernen Vorhang hat Ungarn nach dem Beispiel der Sowjetzone am Sonnabend eine innenpolitische Kurswendung um 180 Grad vollzogen. Gleichzeitig wurde eine neue Regierung gewählt, die in der Besetzung der Schlüsselpositionen eine Reihe neuer Namen aufweist. Das auffallendste Merkmal des Kurswechsels ist das Aufgeben der überstürzten Industrialisierung des Landes, die in Ungarn — einst eines der landwirtschaftlich reichsten Länder Europas — zu Hungersnöten geführt hatte. Nach Ansicht politischer Beobachter ist der Kurswechsel u. a. auf die Befürchtung zurückzu-

führen, daß die Unruhe und Unzufriedenheit der Bevölkerung in kürzester Zeit wie in der Sowjetzone zu offenen Unruhen führen können.

Der bisherige Ministerpräsident Rakosi wurde vom Parlament nicht wiedergewählt. Er wird durch Imre Nagy ersetzt, den Landwirtschaftssachverständigen der ungarischen KP. Rakosi scheidet aus dem Kabinett aus, behält jedoch den Vorsitz im Politbüro und in der KP.

Der Posten des Generalsekretärs der Partei, den Rakosi bekleidete, war vor einigen Tagen abgeschafft worden. Die Geschäfte wurden nach sowjetischem Vorbild einem Dreierkollegium übertragen.

J. B. Gradl

Bessere Sicht

Verwirrung und Unbehagen der Machthaber in der Sowjetzone sind trotz der äußerlich wiederhergestellten Ruhe nicht geringer geworden. Wie eine politische Dirne muß Ulbricht um die Geneigtheit der Arbeiterschaft buhlen, deren Gefühle man sich gut vorstellen kann. Der östliche Propagandaapparat macht groteske Sprünge, um den Einsatz der sowjetischen Panzer zu beschönigen, der offenbar sogar im sowjetischen Hinterland übel vermerkt worden ist. Daß die plötzliche Resolutionswelle der Moskauer Großbetriebe auf irgend jemand in Deutschland oder in der Welt Eindruck macht, werden die Sowjets selbst nicht glauben. Also müssen und wollen sie anscheinend so der russischen Arbeiterschaft die überraschende Erhebung der Arbeiterschaft der Sowjetzone erklären. Keine leichte Aufgabe, wenn man jahrelang durch Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Genossen nur überschwengliche Glück- und Dankesbezeugungen aus dem sowjetischen Besatzungsbereich hat hören lassen. Interessant, wie die sowjetische Propaganda aus der Zwickmühle herauszukommen sucht: sie erklärt die Volkserhebung der Sowjetzone nicht nur als ein Werk des westlichen Imperialismus, sondern sogar als Versuch, Krieg, eine Art zweiten Koreakrieg, zu inszenieren. Damit wären die bloßen Fäuste der Ostberliner Arbeiter Werkzeuge des Krieges und die sowjetischen Panzer Werkzeuge des Friedens ... Verrückter geht es nicht, pflegt der Berliner in solchen Fällen zu sagen.

Die Lehre ziehen!

Für den politischen Beobachter sind die Verrenkungen der Propaganda ein Zeichen mehr, in welch' große Schwierigkeit die kommunistische Politik geraten ist. Sie sollte die ohnehin nachdenklich gewordene sowjetische Politik zu neuen Überlegungen über die Zweckmäßigkeit ihrer bisherigen Deutschlandpolitik bringen. Daß die So-

wjets immer sehr bemüht sein werden, nicht vor ihrem eigenen Volk und den engeren Satelliten das Gesicht zu verlieren (siehe die erwähnte Moskauer Resolutionswelle und die albernere Tag-X-Märchen der SED-Presse), ist klar. Dennoch wäre die beste sowjetische Politik in dieser Situation, auf Winkelzüge zu verzichten und in souveräner Geradheit der Sowjetzone den Weg zu freien Wahlen und freier politischer Betätigung freizugeben. Stalin soll einmal gesagt haben, zu den Deutschen passe der Kommunismus wie der Sattel zur Kuh. Der Krenl brauchte nur aus dieser völlig richtigen Erkenntnis die Lehre zu ziehen. Schlagender als durch den 17. Juni konnte ihre Richtigkeit nicht bewiesen werden.

Gesamtdeutsches Grundgesetz

So ungewollt die politische Situation des Ostens in Deutschland in stürmische Bewegung geraten ist, so zwingend ist damit für den Westen die Pflicht geworden, sich auf die Befreiung der Sowjetzone zu konzentrieren. Zuweilen schien man hier und da im Westen die deutsche Teilung für längere Zeit als eine Tatsache hinzunehmen. Wie dem auch sei, künftig ist solide und gesunde Politik in Europa einfach unmöglich, ohne den Schrei der Kämpfer und Opfer des 17. Juni nach deutscher Einheit in Freiheit als kategorischen Imperativ zu befolgen. Der Schwur des deutschen Kanzlers an der Bahre der Toten vor dem Rathaus Schöneberg ist in seiner Berufung auf das deutsche Volk zum gesamtdeutschen Grundgesetz geworden. An dem Schwur für Einheit und Freiheit wird in Deutschland künftig jede Politik gemessen, deutsche und fremde, befreundete und gegnerische.

Aber die Erhebung des 17. Juni hat nicht nur den deutschen Einheitswillen in überwältigender Weise aktiviert, sie hat auch der praktischen Politik zur Wiedervereinigung manche Schwierigkeiten aus dem Weg geräumt. Sie hat nämlich gute klare Antworten gegeben auf zweifelnde und ängstliche Fragen, welche die Aktivität mancher Politiker, Diplomaten, Beamten und Wirtschaftler in bezug auf die Wiedervereinigung gehemmt haben.

Eindeutige Wahl

In Gesprächen mit Politikern der freien Welt konnte man nicht selten die Sorge hören, wir Deutsche würden — wenn wir erst wieder vereint sind — ein Schaukelspiel zwischen West und Ost beginnen. Tauroggen und Rapallo spielten da eine Rolle. Die jüngsten Ereignisse sollten überzeugt haben, daß die deutsche Wahl zwischen der Welt der Freiheit und der Welt des Kommunismus eindeutig ist und daß diese Wahl nirgends in der Welt entschiedener ist als im sowjetisch besetzten Deutschland.

Nicht minder wichtig ist eine andere Lehre des 17. Juni. Man hat immer wieder gefordert, daß bei gesamtdeutschen Wahlen zur Wiedervereinigung die Freiheit der Wahlen in der Sowjetzone nicht nur erklärt, sondern auch garantiert sein müsse. Diese Forderung besteht zu Recht und muß bestehen bleiben. Aber wir wissen heute auch, daß wir um die Furchtlosigkeit und Entschlossenheit eines Wahlbekenntnisses in der Sowjetzone nicht besorgt zu sein brauchen.

Mutige Entscheidung

Ein Volk, das gegen einen scheinbar allmächtigen Staatsapparat so aufzustehen wagte, wie es am 16. und 17. Juni geschah, ein solches Volk wird auch in der Wahlzelle die Entscheidung wagen, wenn es nur erst soweit ist. Wesentliche Elemente freier Wahl und freier politischer Betätigung sind unverzichtbar, aber die Grenze zwischen dem Wesentlichen und Nichtwesentlichen ist zu unseren Gunsten elastischer geworden — ein Gewinn für den Fall, daß es zu konkreten Verhandlungen über freie Wahlen einmal kommen sollte.

Der 17. Juni hat manches weg-gewischt, was der Wiedervereinigung hätte hinderlich sein können. Die Zeit ist reif. Sicher, die Aufgabe bleibt gewaltig und schwer. Aber wer nicht wagt, der nicht gewinnt, sagt ein gutes deutsches Sprichwort. Würde die Wiedervereinigung und für sie eine entschlossene Politik nicht gewagt, so bliebe ein Pulverfaß im Herzen Europas stehen. Auch das hat der 17. Juni gezeigt.

Abgeordnetenhaus fordert freien Verkehr

Berlin (Eigenmeldung). Das Berliner Abgeordnetenhaus forderte die sofortige Wiederherstellung des ungehinderten Verkehrs in Berlin. In einem Dringlichkeitsantrag aller Fraktionen wurde gegen die gegenwärtig unmögliche Form der Ausgabe von Passierscheinen protestiert. Es wurde festgestellt, daß die Beschränkungen im Verkehr zwischen Ost- und Westberlin im Widerspruch zum Viermächte-Status der Stadt stehen. Gleichzeitig protestierte das Haus schärfstens gegen die unmenschliche Behandlung von rund 2000 während des Juni-Aufstandes verhafteten Berlinern, die widerrechtlich im Ostsektor inhaftiert sind.

Zum Kirchentag gerüstet

Hamburg (Eigenmeldung). In Hamburg findet vom 12. bis 16. August der diesjährige 5. Deutsche Evangelische Kirchentag statt. Das Treffen steht unter dem Motto: „Werft Euer Vertrauen nicht weg.“

Die Deutsche Bundesbahn hat sich in diesem Jahr zum erstenmal bereit erklärt, Fahrgästen der Kirchentags-Sonderzüge die Rückfahrt statt am 16. August am 25. August in Form von Gesellschaftsfahrten zu ermöglichen. Dadurch können die Teilnehmer des Kirchentages mit ihrem Besuch in Hamburg zugleich einen Aufenthalt in Norddeutschland verbinden.

Während des großen Treffens in Hamburg werden am 15. August über 20 Sonderveranstaltungen evangelischer Verbände und Organisationen stattfinden.

10 000 evangelische Christen aus dem sowjetisch besetzten Gebiet werden am Deutschen Evangelischen Kirchentag teilnehmen können. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist einem Antrag der Kirchentagsleitung entsprechend jetzt die Genehmigung für 10 000 Interzonenpässe zugesagt worden.

Appell an Oberkommissare

Berlin (DPA). Der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Bischof Dibelius, hat den drei westalliierten Oberkommissaren und dem sowjetischen Hohen Kommissar Semjonow in

Im Namen des Volkes

DT. Sehr schnell ist aus dem 17. Juni das geworden, was er zu sein verdient: ein nationaler Feiertag, der uns an eine große geschichtliche Stunde und an die Opfer erinnern soll, die sie für die Einheit und Freiheit Deutschlands gefordert hat. Wer die Erhebung der Zone unmittelbar erlebte oder aus der Ferne ihre geschichtliche Kraft verspürte, der weiß auch, daß es heute für die Deutschen keinen besseren Tag zu einem gemeinsamen Akt nationaler Besinnung geben kann als jenen 17. Juni, den Tag, an dem über unterdrücktem deutschem Land das stürmische Rauschen kommandierender Freiheit und Einheit zu vernehmen war. Wenigstens an diesem Tag werden künftig die Deutschen, was seit Jahrzehnten

nicht möglich war, sich in einem Gedanken um eine Fahne und in einem Willen vereinen, der für immer auf die Wiedergewinnung und später auf die Wahrung unserer Einheit und Freiheit gerichtet sein wird.

Der Bundestag hat im Namen des ganzen deutschen Volkes gesprochen, als er diesen Feiertag schuf, wie umgekehrt die Handvoll Kommunisten sich erneut als Knechte Moskaus bewährten, indem sie als einzige widersprachen. Das ist ganz in Ordnung, und man sollte sie nicht tadeln. Ihre Haltung wird nämlich dazu beitragen, sie in den kommenden Wahlen ganz aus dem deutschen Parlament zu fegen, in dem sie ein Fremdkörper sind.

Das Sofortprogramm

DT. Dem einmütigen Beschluß des Bundestages, der kürzlich zur Lösung der Deutschlandfrage freie Wahlen, Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und einen mit ihr auszuhandelnden Friedensvertrag forderte, hat der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung ein „Sofortprogramm“ hinzugefügt, das gleichfalls die einmütige Billigung aller vernünftigen Deutschen findet. Dieses Sofortprogramm bildet gewissermaßen die unterste Stufe jeder Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands; es ist eine unentbehrliche Voraussetzung freier Wahlen und der ihr nachfolgenden Aktionen, aus denen ein gesamtdeutscher Staat hervorgehen soll. Was Adenauer in seinen sechs Punkten fordert, das ist ziemlich genau das, was das von Stalin unterzeichnete und dann so brutal verletzte Potsdamer Abkommen den Sowjets schon 1945 zur Pflicht machte. Auf der Wiederherstellung der natürlichen und dazu vertraglich „garantierten“ Rechte der Zone müßte sich dann alles weitere aufbauen, was zur Wiedervereinigung Deutschlands unerlässlich ist: freie Wahlen und Bildung einer aus ihr hervorgehenden

gesamtdeutschen Regierung an erster Stelle.

Das ist im ganzen ein ausgezeichnetes Programm — das einzige, das überhaupt in Erwägung gezogen werden kann, wenn es mit den Sowjets zu Verhandlungen über die Deutschlandfrage kommen sollte. Insofern besteht wahrscheinlich auch Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung und der sozialdemokratischen Opposition. Dann jedoch beginnen, wie die außenpolitische Debatte wiederum gezeigt hat, die nach wie vor schweren Meinungsverschiedenheiten, die selbst in den Fragen der Methode einen fast grundsätzlichen Charakter zeigen. Was heute zur Lösung der deutschen Frage unter dem Eindruck des Juni-Aufstandes am besten geschieht, das bedarf noch der Klärung innerhalb der Westmächte, zu der die Bundesregierung bereits wichtige Impulse gegeben hat. Danach muß die Klärung dessen erfolgen, was unter selbstverständlicher Wahrung unverzichtbarer Voraussetzungen in Verhandlungen mit Moskau möglich oder unmöglich ist. Diese Klärung durch eine Viererkonferenz wünscht nach seiner eigenen Aussage auch der Bundeskanzler; er empfiehlt zugleich einen vernünftigen Ausgleich mit der Sowjetunion, der auch ihr Wohlfahrt und Sicherheit gewähren soll.

einem Schreiben den dringenden Wunsch übermittelt, alle Bemühungen anzustellen, um die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen.

Dulles: Vor einem direkten Schritt in der Deutschland-Frage

Washington (DPA/AP). Beratungen über einen direkten Schritt der drei Westmächte bei der Sowjetregierung in der Deutschland-Frage kündigte US-Außenminister Dulles für das geplante Treffen der Außenminister Großbritanniens, Frankreichs und der USA an. Dulles teilte mit, daß das Treffen etwa am 10. Juli in Washington stattfinden werde.

Die Außenministerkonferenz ist als Vorspiel und möglicherweise als Ersatz für die Bermuda-Konferenz der Ministerpräsidenten der drei Länder gedacht, die wegen Churchills Erkrankung auf unbestimmte Zeit verschoben werden mußte. Wie in London mitgeteilt wurde, haben die Botschafter der USA und Frankreichs in Großbritannien mit dem amtierenden britischen Außenminister Lord Salisbury

die Tagesordnung der Konferenz ausgearbeitet.

Im Zusammenhang mit der Deutschlandfrage wies Dulles am Dienstag auf die „ausgedehnte Unruhe“ in den Satellitenstaaten der Sowjetunion hin, die deutlich zeigte, daß die Sowjetunion den Bogen überspannt habe und die versklavten Völker es ablehnten, ihr Schicksal von Moskau aus lenken zu lassen.

Unterdrückung durch Mord!

Kopenhagen (DPA). Der Generalrat der Internationalen Transportarbeiter - Organisation, der sechs Millionen Mitglieder in 47 Ländern angehören, hat sich gegen die Verhältnisse in der Sowjetzone und der Tschechoslowakei gewandt.

Die Ereignisse hätten bewiesen, daß die Existenz des kommunistischen Regimes nur durch Unterstützung einer fremden Macht aufrechterhalten werden könne.

Von den beiden größten kanadischen Gewerkschaften wurde in einem Schreiben an die sowjetische Botschaft in Ottawa der Einsatz sowjetischer Truppen und Panzer gegen deutsche Arbeiter als „Unterdrückung der Rechte der Arbeiterschaft durch Mord“ bezeichnet.

„Unrecht-Regime“

Bonn (DPA/AP). US-Oberkommissar Dr. Conant erklärte vor der Presse in Bonn, Ziel der US-Politik sei nach wie vor die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Alliierten würden jeden nur möglichen Druck ausüben, um dem Unrecht-Regime in der Sowjetzone ein Ende zu setzen.

Reisen zum Kremel

Berlin (DPA/AP). In dem gleichen Augenblick, in dem der US-Außenminister Dulles Termin und Ziel des bevorstehenden Treffens der drei Außenminister bekannt gab, sind die

sowjetischen Botschafter in London, Washington und Paris überraschend zur Berichterstattung nach Moskau geflogen.

Zarubin, der Sowjet-Botschafter in Washington, hatte kurz vor seiner Abreise lediglich gesagt, daß die Botschafter in Moskau die internationale Lage besprechen werden.

Protestschriften an Semjonow

Sitzung der Oberkommissare — Einheit eine Notwendigkeit

Berlin (DPA/AP). Die Oberkommissare der USA, Großbritanniens und Frankreichs haben erneut mit Nachdruck die Notwendigkeit freier gesamtdeutscher Wahlen, der Bildung einer gesamtdeutschen Regierung und der Aufnahme von Verhandlungen über einen Friedensvertrag mit einer solchen Regierung betont. Sie bezeichneten eine Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit als eine dringende Notwendigkeit.

Gleichzeitig haben die Oberkommissare in einem Schreiben an den sowjetischen Hohen Kommissar, Semjonow, gegen die Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes in Ostberlin protestiert. Darüber hinaus seien alle willkürlich errichteten Hindernisse zwischen der Sowjetzone und der Bundesrepublik zu beseitigen.

Rang von Botschaftern

Bonn (DPA). Die drei Geschäftsträger der Bundesrepu-

Recht auf Einheit Erklärung des US-Senats- Ausschusses

Washington (DPA). Der auswärtige Ausschuß des US-Senats verabschiedete eine Sympathieerklärung für die Bewohner des sowjetisch besetzten Teils Deutschlands. In der Entschliebung wird im Namen des amerikanischen Volkes die „beste Überzeugung“ zum Ausdruck gebracht, „daß das gegenwärtig geteilte deutsche Volk das Recht hat, wieder eine vereinte Nation zu sein, die nach ihrer eigenen Zustimmung durch ihren in freien Wahlen zum Ausdruck gebrachten Willen regiert wird“.

Die Resolution des Ausschusses wird dem Senatplenium und dem Repräsentantenhaus zur Verabschiedung vorgelegt werden.

In der Resolution heißt es: „Der Kongreß der USA gibt auch seiner Freundschaft und Sympathie für die Bevölkerung Ostdeutschlands Ausdruck, vor allem für die, die unter der kommunistischen Herrschaft gelitten haben, weil sie als Patrioten der kommunistischen Tyrannei entgegnetreten und die Taten des kommunistischen Regimes anprangerten.“

blik in Washington, London und Paris werden künftig den persönlichen Rang von Botschaftern haben. Gleichzeitig wurde zwischen den drei Westmächten und der Bundesregierung vereinbart, daß die drei alliierten Oberkommissare in Bonn ebenfalls im Range von Botschaftern stehen werden.

Auf deutscher Seite sieht man darin eine neue Demonstration der politischen Gleichberechtigung der Bundesrepublik.

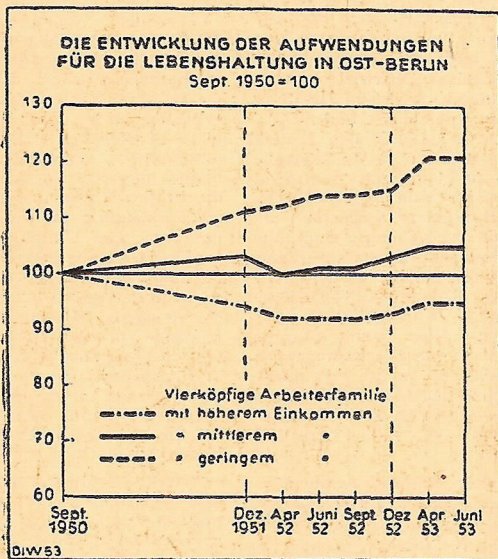
Keine Vorbereitungen für Weltjugendfestspiele

Frankfurt/M. (AP). Der hessische Innenminister hat die Polizeidienststellen angewiesen, sämtliche Vorbereitungen für die sogenannten Weltjugendfestspiele, die im August in Bukarest stattfinden sollen, zu unterbinden.

Lebenshaltung in der Zone teurer Preispolitik trifft die Kleinverdiener am härtesten

Berlin (Eigenbericht). Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten in der Sowjetzone ist durch zwei klare Tendenzen bestimmt: aufwärts bei den niedrigeren, gleichmäßig bis leicht fallend bei den höheren Einkommensstufen, seit Beginn dieses Jahres jedoch bei allen Verbrauchergruppen steigend. Der Grund: das Bemühen der Re-

weitere Verteuerung der Lebenshaltung bei allen Einkommensgruppen durch die Herausnahme aller Textilien (außer Säuglingsausstattungen) und Schuhe aus der Rationalisierung. Trotz gleichzeitiger 15- bis 20prozentiger Senkung der HO-Preise für diese Waren bedeutet die Maßnahme nach einer Untersuchung des Deut-



gierung um die Schaffung eines einheitlichen Preisniveaus. Im Zuge dieser seit September 1950 zu beobachtenden Politik wurden Preisannäherungen dadurch betrieben, daß die HO-Preise gesenkt, die Festpreise schrittweise aus der Zuteilung herausgenommener einzelner Waren jedoch erhöht wurden. Für die sozial Schwächeren bedeutete die Herausnahme von Waren aus der Rationalisierung eine Verteuerung. Auch profitierten sie kaum von den Preissenkungen der HO, in der sie weder davor noch danach nennenswert kaufen konnten. Die höheren Einkommensgruppen jedoch profitierten um so mehr, je mehr sie vorher in der HO gekauft hatten.

Seit April d. J. zeigt sich eine

schon Instituts für Wirtschaftsforschung eine Preiserhöhung von 50 v. H. und mehr gegenüber den Rationspreisen.

In die gleiche Zeit fällt auch die 10- bis 15prozentige Erhöhung der Zuteilungspreise für Fleisch und Fleischwaren. Aus der Tabelle sind die Lebenshaltungskosten-Kurven (1950 = 100) für drei vierköpfige Familien mit 600 Ostmark, 400 bis 450 Ostmark und 200 Ostmark Einkommen zu entnehmen. Die Versorgungsschwierigkeiten in der Zone haben aber zur Folge, daß die eigentlichen Kosten viel höher liegen, als es Zahlen und Tabelle ausdrücken, da mancher Bedarf auf teuren Umwegen gedeckt werden muß.

Aufstand in Polen verstärkt sich

Berlin (AP). Die Widerstandsbewegung in Polen und den polnisch besetzten deutschen Gebieten nimmt nach zuverlässigen Berichten von Tag zu Tag größeren Umfang an. Zur Unterdrückung der Unruhen sind starke sowjetische Panzerreitheiten aus der Sowjetzone nach Polen verlegt worden.

Hauptzentren der Unruhen sind nach Flüchtlingsberichten der polnisch besetzte Teil von Frankfurt/Oder, Küstrin und andere Orte auf dem Ostufer der Oder, das gesamte Oberschlesische Industriegebiet und Brest-Litowsk. Die Eisenbahnstrecke Brest-Litowsk-Frankfurt, die „Versorgungsstrecke“ der in Deutschland stationierten sowjetischen Truppen, ist nach einer Meldung des NWDR unterbrochen. In Frankfurt soll die Bevölkerung ein Kino, in dem ein sowjetischer Film lief, gestürmt haben.

SSD vermißt Akten

Berlin (Eigenmeldung). Beträchtliches Durcheinander herrscht noch immer in zahlreichen Verwaltungs- und SSD-Dienststellen in der Sowjetzone, da eine Wiederbeschaffung der im Lauf der Ereignisse des 17. Juni vernichteten Akten in den meisten Fällen unmöglich ist. Besonders der SSD verzeichnet den Verlust vieler wichtiger Akten und Personalunterlagen. Das gleiche gilt für die SED.

Volljährigkeit bleibt

Frankfurt/M. (Eigenmeldung). Jugendliche aus der Sowjetzone werden nach Vollendung des 18. Lebensjahres auch in Westdeutschland als volljährig anerkannt. Im Westen sind Jugendliche erst mit 21 Jahren volljährig. Die Justizministerien erklären, man könne einem Jugendlichen, der in der Sowjetzone die Volljährigkeit erlangt habe, diese im Westen nicht mehr nehmen.

15 Fälle bereinigt

Berlin (epd). Auf Grund der zwischen Vertretern der Kirche und der Sowjetzonen-Regierung getroffenen Vereinbarung, die u. a. auch die Überprüfung der gegen kirchliche Vertreter ergangenen Gerichtsurteile vorsah, wurden 15 Fälle bereinigt.

Butter statt Kanonen für die Zone?

von Professor Dr. Karl C. Thalheim

In der Erklärung des Politbüros der SED vom 9. Juni, in der der „neue Kurs“ in der Sowjetzone angekündigt wurde, war zum ersten Male auch von „Korrekturen des Plans der Schwerindustrie“ die Rede. Das damit angeschlagene Motiv wurde zwei Tage später vom „Ministerrat der DDR“ aufgenommen, der für die nächste Zeit „Veränderungen des Fünfjahresplanes“ in Aussicht stellte, „welche die weitere Verbesserung der Lebenslage ermöglichen“.

Erst die nächsten Wochen werden zeigen können, ob und wie weit diesen Versprechungen auch Taten folgen werden. Geschehen solche aber wirklich — in einem Umfange, der mehr bedeutet als bloße Korrekturen an Kleinigkeiten —, so hätten damit zum ersten Male im gesamten sowjetischen Machtbereich seit dem Ende der durch Lenin begonnenen „Neuen ökonomischen Politik“ in der Sowjetunion selbst die Tatsachen und ihre politisch-psychologischen Wirkungen eine entscheidende Veränderung der Grundlinien der Wirtschaftspolitik erzwingen.

Es ist allgemein bekannt, daß diese Grundlinien bisher im gesamten Ostblockbereich die gleichen waren: Ausbau der Schwerindustrie, d. h. der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrien, unter stärkster Bevorzugung aller derjenigen Zweige, die unmittelbar rüstungswichtig sind; Ausrichtung des Außenhandels fast ausschließlich auf diese Planziele, unter bedenkenloser Zurückstellung auch dringender Konsumbedürfnisse der Bevölkerung. Die Versorgungskrise, aus der die Sowjetzone nun schon seit vielen Monaten nicht mehr herauskommt, ist ebenso die Wirkung dieser menschenverachtenden Wirtschaftspolitik wie der maßlosen, sich über alle ökonomischen Bedenken blind hinwegsetzenden Kollektivierung seit dem Parteikongreß der SED im Juli 1952.

Schwerfälliges System

Welche Gründe nun auch immer die versprochene Umstellung haben mag; selbst im günstigsten Falle können spürbare Wirkungen erst nach ei-

ner längeren Übergangs- und Anpassungsperiode eintreten. Das gilt für eine zentralgeleitete Planwirtschaft sowjetischen Typs noch viel mehr als für eine Marktwirtschaft, in der die Menschen an Privatinitiative gewöhnt sind und bereit, aus dieser Initiative heraus rasch zu handeln und auch Verantwortungen zu übernehmen. Wie entsetzlich schwerfällig eine Zentralverwaltungswirtschaft auf veränderte Voraussetzungen reagiert, zeigt die Geschichte der sowjetischen Planwirtschaft im Mutterland wie in den Satellitenländern auf Schritt und Triit.

Denn es handelt sich ja nicht nur darum, den Produktionsplan allein zu korrigieren. Da in der Wirtschaft alle Erscheinungen eng miteinander verflochten und voneinander abhängig sind, müssen sich daraus entsprechende Korrekturen auch bei den vielen anderen Kategorien von Plänen ergeben. Ob die durch die Ausbootung aller nicht „Linientreuen“ in ihrer Leistungsfähigkeit immer mehr geminderte Planbürokratie der Sowjetzone diesen Aufgaben kurzfristig gewachsen ist, muß bezweifelt werden.

Wohr Material nehmen?

Nicht weniger schwierig wird die Materialbeschaffung für eine Steigerung der Konsumgütererzeugung sein. Bisher galt ja der entscheidende Teil aller Bemühungen dem Ausbau solcher Zweige der Grundstoffindustrien, die der Produktionsmittel- und Rüstungsproduktion dienen. Natürlich kann hier eine Umschaltung vorgenommen werden: bei einem Verzicht auf Panzerfertigung können mehr Traktoren für die Landwirtschaft, mehr Haus- und Küchengeräte aus Blech, mehr Näh- und Stecknadeln für die Bevölkerung erzeugt werden — immer vorausgesetzt, daß die Abstriche an der Rüstungsproduktion nicht nur den Teil betreffen, der infolge der Materialengpässe ohnehin bereits als unmöglich erkannt ist, dessen Fortfall also die Materialbasis für andere Fertigungen nicht erhöhen würde.

Aber in vielen Bereichen wer-

den sich, selbst wenn die kommunistischen Planer ernsthaft zur Umstellung bereit sein sollten, jetzt die Sünden der Vergangenheit rächen. Wie will man beispielsweise den Wohnungsbau oder die Produktion von Möbeln ernstlich steigern, wenn infolge eines achtjährigen Raubbaus kaum noch schlagreifes Holz zur Verfügung steht? Wie will man die Produktion der Lebensmittelindustrie steigern, wenn der Kampf gegen das Großbauernum, der Mangel an Düngemitteln und landwirtschaftlichen Maschinen die Erträge der Landwirtschaft erheblich unter dem Friedensstand halten? Vielleicht hofft man, durch gesteigerten Außenhandel mit der westlichen Welt die Materialbasis der Konsumgütererzeugung zu vergrößern, nachdem die Unfähigkeit des Ostblocks zu ausreichenden Lieferungen deutlich geworden ist. Aber woher sollen jetzt ausreichende Gegenlieferungen der Sowjetzone kommen, nachdem dort viele Jahre hindurch gerade die Wirtschaftszweige vernachlässigt worden sind, die früher Westdeutschland und andere Märkte der westlichen Welt belieferten?

Damit berühren wir einen sehr wichtigen Punkt; denn gerade die zukünftige Entwicklung des Außen- und Interzonenhandels der Sowjetzone wird die Ernsthaftigkeit der jetzt proklamierten Absichten besonders deutlich erkennen lassen. Will man in Zukunft wirklich „Butter statt Kanonen“ erzeugen, dann muß dies zuallererst zu einer erheblichen Umstellung in den Bedarfswünschen führen, die die Sowjetzone für ihre Bezüge aus Westdeutschland und der übrigen Welt anmeldet. Und da die Erweiterung der Materialgrundlage die erste Voraussetzung jeder Steigerung der Konsumgütererzeugung ist, gibt das noch in der sowjetischen Besatzungszone herrschende System der westlichen Welt selbst ein untrügliches Mittel in die Hand für die Feststellung, ob die neue Parole „Butter statt Kanonen“ Propagandageton oder Ernst ist,



„Commissar sagt, zurüschiggen, is'n änglischer Sgotsch-Tärrier!“

Nur flüstern . . .

Feuersicher

Funktionär Meier ist Chemiker in einem Westberliner Laboratorium des Aufbau-ministeriums. Ganz stolz erzählt er einem Freund, daß er ein neues feuersicher Mittel entdeckt hat, durch das Holz feuersicher wird. Eine revolutionierende Neuigkeit! Wieder einmal ein Schritt weiter im Kampf um den Frieden.

Aber seinem Freund imponiert das wenig. „Hör mal“, sagt er, „hast du da nicht umsonst gearbeitet? Unsere Streichholzfabriken müssen die Erfindung schon lange gemacht haben.“

So menschlich . . .

Mit einer Gruppe von Völkspolizisten kommt ein SSD-Mann in den Betrieb, um „Provokateure“ und „Rädelsführer des Aufstandes“ zu verhaften. Bei einem Arbeiter weiß er nicht recht, ob er ihn auch noch mitnehmen soll.

„Ich will dir eine Chance geben“, sagt er zu ihm, „ich habe im letzten Krieg ein Auge verloren und trage dafür ein Glasauge. Wenn du mir sagst, welches das Glasauge ist, lasse ich dich laufen.“

Der Arbeiter sieht ihn nur kurz an, dann sagt er bestimmt: „Es ist das linke.“

Der SSD-Mann wundert sich: „Wie hast du das so schnell gesehen?“

„Ganz einfach“, antwortet der Arbeiter, „es guckt immerhin menschlich.“

Nuschkes sozialer Abstand

Das Politbüro sollte es Otto Nuschke verbieten, noch einmal nach Westberlin zu fahren. Er muß doch etwas gemerkt haben: Daß dort nämlich die sozialen Verhältnisse viel besser sind als im Pankower Machtbereich. Buchstäblich beim letzten „Besuch“ muß Nuschke diese Erkenntnis aufgegeben sein, denn bis dahin hatte er stets im Brustton der Überzeugung kundgetan, die Verhältnisse im Westen seien katastrophal, die im Osten dagegen glänzend.

Und nun — man liest es in der „Neuen Zeit“ und staunt — hat Otto Nuschke vor seinem Ost-CDU-Hauptvorstand wortwörtlich gesagt: „Die neue Politik ist eine grundsätzliche Wende. Sie bedeutet eine Verringerung des Abstandes zwischen unseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen und jenen des Westens.“

Ist es möglich — Nuschke gesteht ein, daß selbst die zwei Milliarden Mark (er gibt sie in der gleichen Rede zu), die nun

für die bessere Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden sollen, nicht einmal genügen, um das gleiche soziale und wirtschaftliche Niveau wie Westdeutschland zu erreichen! Sie ermöglichen allenfalls eine „Verringerung des Abstandes“!

Otto Nuschke sind schon des öfteren ungewollte Geständnisse entschlüpft. Dies hier ist allerdings eine Bankerotterklärung.

Diktators Sorgen

Walter Ulbricht hat jetzt ernsthaftige Sorgen, wie er seinen Lenin-Bart wohlgepflegt erhalten soll. Jede Woche sucht er sich einen neuen Friseur. Und immer entspinnt sich das gleiche Gespräch:

„Kennen Sie mich?“

„Nein, mein Herr!“

„Gut! Wenn Sie mich nicht kennen — dann rasieren Sie mich!“ lehnt sich Ulbricht beruhigt in den Sessel zurück.

Keine Zukunft

Otto Grotewohl ließ es nach dem Aufstand in der Zone doch keine Ruhe. Seine Sorgen waren zu groß, Er ging zu einer Wahrsagerin: „Sagen Sie mir die Zukunft!“

„Sie haben Pech“, antwortete die Wahrsagerin kühl. „Erstens wahrsage ich schon lange nicht mehr und zweitens wäre das bei Ihnen überflüssig. Sie haben in Deutschland sowieso keine Zukunft!“

Die Tapeten

Ein neuer Block in der Stalin-allee ist fertig geworden. Das Gerüst wird abgenommen — und im gleichen Augenblick stürzt das ganze Haus ein.

Der Architekt ist entsetzt. In größter Hast läuft er zur nächsten Telefonzelle und ruft Ulbricht an.

Der platzt bald vor Wut. „Schon wieder die Stalinallee!“ schreit er. „Ihr Saboteure! Habe ich euch nicht gesagt, ihr sollt das Gerüst nicht abnehmen, ehe die Tapeten geklebt sind?“

Die ersten Einzelheiten vom Everest-Gipfelsturm

Expedition in London eingetroffen - Auf die Welt hinabgeblickt

London (AP/DPA). Unter dem stürmischen Jubel einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge sind die Mount-Everest-Bewinger Tensing und Hillary zusammen mit Expeditionsleiter Oberst Hunt und den anderen Mitgliedern der britischen Himalaja-Expedition am Freitag in London eingetroffen. In einer stark besuchten Pressekonferenz teilten sie die bisher unbekanntesten Einzelheiten ihres Gipfelsieges mit.

Oberst Hunt deutete in diesem Zusammenhang an, daß neue Versuche zur Bezwingung des Mount Everest unternommen würden. Er zieht auch in Betracht, den dritthöchsten Berg der Welt, den 8580 Meter hohen Kangchendzönga, anzugehen, der ebenfalls an der Grenze von Nepal im Himalaja liegt.

Über die ersten Eindrücke nach der Bezwingung des Mount Everest berichtete Hillary:

„Es war fast eine Überraschung. Ein fester Schneekegel formt einen vollkommenen, schönen Gipfel, auf dem mehrere Menschen stehen können. Es war halb zwölf, fünf Stunden nach unserem Aufbruch. Tensing breitete seine Arme aus und fiel mir glücklich um den Hals. Ich zog meine Kamera heraus und machte einige Bilder von ihm, während er die Flaggen der Vereinten Nationen, Großbritanniens, Nepals und Indiens an seinem Eispickel hochhielt. Wir hatten gute Sicht. Wir blickten auf die Welt hinab, die wie eine Karte zu unseren Füßen lag. Ich versuchte dann, irgendwelche Zeichen dafür zu ent-

decken, daß Mallory und Irvine 1924 den Gipfel erreicht haben. (Die beiden Bergsteiger wurden damals durch treibende Wolken hindurch zum letztenmal gesehen, als sie auf dem Nordostgrad gegen den Gipfel vorgingen. Die Red.) Ich fand nichts. Wir saßen im Schnee, betrachteten das gewaltige Panorama um uns herum. Doch wurde schließlich unser Sauerstoff

knapp und nach etwa 20 Minuten begannen wir den Abstieg.“

Zum Andenken an den großen Augenblick der Erstbesteigung nahm Hillary drei kleine grauschwäzliche Gesteinsbrocken vom Gipfel mit.

Der Aufstieg war schwierig gewesen, denn schon da begann der Sauerstoff knapp und der Schnee immer lockerer zu werden, erzählte Hillary. Ein rascher Entschluß war zu treffen: umkehren oder im Fall späterer Abstiegsschwierigkeiten den Höhentod zu riskieren. Beide beschlossen, es zu wagen.

Bert Brecht vom Spielplan abgesetzt

Die Generalintendanz der städtischen Bühnen Wuppertal-Solingen hat Bert Brechts „Das Leben König Eduards II. von England“ vom Spielplan abgesetzt: als Antwort auf Brechts Solidaritätserklärung an den SED-Generalsekretär Walter Ulbricht.

Brockhaus in Wiesbaden

Nachdem das Stammhaus des Verlages F. A. Brockhaus in Leipzig enteignet wurde, haben die rechtmäßigen Eigentümer die Leipziger Firma jetzt nach Wiesbaden verlegt, wo der Verlag Eberhard Brockhaus seit 1945 die Leipziger Tradition fortgeführt hat. Vom 1. Juli an

firmiert der Verlag wieder unter dem weltbekanntesten Namen F. A. Brockhaus.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

30000 in der Waldbühne

Die Abschlusfeier des deutschen Katholikentages

Berlin (Eigenmeldung). Eine Glaubenskundgebung zu früher Abendstunde eines Werktages in Berlin? Die Abschlusfeier des Berliner Katholikentages war Beweis, daß das kein Wagnis war. 30 000 Katholiken aus West- und Ostberlin füllten die Waldbühne.

Wenigstens die Hälfte war aus dem Ostsektor gekommen. Erst am Nachmittag zuvor hatte die Sowjetzonenregierung die Ausstellung von Passierscheinen genehmigt.

„Der Zustand unserer Welt und nicht nur unserer Stadt ist besorgniserregend“, rief der Bischof von Berlin, Wilhelm Wes-

kamm, in seiner Ansprache aus. Eines sehe der Osten nicht: Die Freiheit und Würde des Menschen könne man nicht überfahren. Man könne nicht die Persönlichkeit vernichten, um die Gemeinschaft zu bauen.

Unter stürmischem Beifall gab Bischof Weskamm bekannt, daß das Kinderheim Saarow den Hedwigsschwestern wieder zurückgegeben worden ist und die öffentlichen Verleumdungen als Fehler bezeichnet wurden. Die herzlichen Grüße, die der Bischof denen in Ostberlin und in der Zone übermittelte, wurden gleichfalls mit starkem Beifall unterstrichen.

Saison des RIAS-Orchesters

Ferenc Fricsay, Chefdirigent des RIAS-Symphonie-Orchesters, Victor Desarzens, Georg Ludwig Jochum, Ernest Ansermet, Otto Klemperer und Clemens Krauß dirigieren die zehn Doppel-Abonnements-Konzerte des Orchesters in der nächsten Saison. Als Solisten wirken u. a. William Primrose, Wolfgang Schneiderhan, Hermann Toettcher, Clara Haskil, Hans-Erich Riebensahn, Robert Casadeus und Heinrich Geuser mit.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4, Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.